

(A) Vizepräsident Eduard Oswald:

Kollege Dr. Steffel, jetzt geben wir aber schon noch der Frau Kollegin Nicolette Kressl das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin.

(Beifall bei der SPD)

Nicolette Kressl (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich gehe davon aus, dass Herr Steffel seine restliche Redezeit nicht mir übertragen hat.

(Dr. Frank Steffel [CDU/CSU]: Steht mir, glaube ich, nicht zu! – Otto Fricke [FDP]: Er ist ein Gentleman!)

– Dann kann man ja vielleicht darüber verhandeln.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte heute kann schon ein Anlass sein, eine Analyse darüber zu machen, inwieweit die Bankenabgabe, wie sie von der Bundesregierung vorgeschlagen worden ist, tatsächlich die richtige Antwort auf die Frage ist, die die Finanzmarktkrise uns aufgegeben hat.

Ich rekapituliere, dass die Bundeskanzlerin von dieser Stelle aus zum Thema Bankenabgabe gesagt hat – sie hat dies noch nicht widerrufen –, die Bankenabgabe Sorge dafür, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Zukunft nicht mehr durch die Kosten einer solchen Krise belastet werden. Hier müssen wir konstatieren: Das war nicht richtig, und das ist nicht richtig. Ich finde, es wäre Zeit, diese Aussage zu widerrufen, weil sie einfach nicht den Tatsachen und der Wahrheit entspricht.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen inzwischen alle, dass die Einzahlungen in den Fonds viel zu niedrig sind, um eine in näherer und mittlerer Zukunft ähnliche Krise, wie wir sie hatten, allein durch die Mittel aus dem Fonds auszugleichen. Es geht nicht um so zynische Bemerkungen in der Art: Das kommt nächste Woche. Vielmehr wissen wir aus der Historie, dass die Phasen, in denen Krisen entstehen, in der letzten Zeit durchaus kürzer geworden sind

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wollen Sie jetzt die nächste Krise herbeireden?)

und dass wir uns darauf einstellen müssen, dass es in diesem Bereich deutlich volatil wird und wir uns nicht darauf ausruhen können nach dem Motto: Wir sorgen mit einem kleinen Topf dafür, dass in 70 Jahren genügend Geld vorhanden ist. – Ich finde, das ist nicht mehr die richtige Aussage, mit der wir Finanzmarktpolitik für die Zukunft machen können.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Analyse, die sich daraus ergibt, ist – auch das muss deutlich gesagt werden –, dass durch die geplante Bankenabgabe keiner der Finanzmarktakteure an den durch die Krise entstandenen Kosten beteiligt wird. Ich finde, das darf hier auch niemand behaupten. Das Geld, das in diesen Fonds eingezahlt werden soll, ist für die Zukunft viel zu wenig, auch wenn ich es im Zusammenhang mit den entstandenen Kosten müßig finde,

über 1 Milliarde Euro mehr oder weniger zu diskutieren, wie das vorhin von der Koalition versucht wurde. Wir wissen: Die Krise hat unsere Wirtschaft belastet. Sie hat unseren Etat belastet. Wir müssen uns daher überlegen: Wie beteiligen wir die Finanzmarktakteure an den entstandenen Kosten? **(C)**

Wir sind der Überzeugung, dass es ein guter Weg ist, eine Finanzmarkttransaktionsteuer einzuführen.

Es wäre gut, wenn sich die Koalition bei der Unterstützung der Finanztransaktionsteuer nicht immer wieder selbst dementieren würde, was wir auch heute wieder erleben konnten. Ich will das an einem Punkt deutlich machen. Herr Wissing hat vorhin deutlich gesagt: Die Finanzmarkttransaktionsteuer gibt es für uns – deshalb habe ich nachgefragt, wer mit „uns“ gemeint ist – nur dann, wenn sich Großbritannien beteiligt.

Gott sei Dank kann man so etwas inzwischen schnell googeln, und ich darf Ihnen ein Zitat des Bundesfinanzministers vom 23. Juni vorlesen. Herr Schäuble hat gesagt: „Die niedrigste Regelungsebene wäre die Euro-Zone.“ Das bedeutet, Herr Wissing und der Finanzminister treten auch heute noch mit unterschiedlichen Aussagen zur Finanzmarkttransaktionsteuer auf. Sie behaupten aber tatsächlich, Sie würden in Europa mit einer Stimme auftreten. Das ist völlig absurd und hiermit widerlegt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Frank Steffel [CDU/CSU]: Herr Wissing ist doch gar nicht in der Regierung!)

– Könnten Sie das noch einmal wiederholen, Herr Steffel? **(D)**

(Dr. Frank Steffel [CDU/CSU]: Das verhandelt doch die Bundesregierung!)

Der entscheidende Punkt ist – ich will an dieser Stelle etwas stärker ins Detail gehen –, dass in der Frage der Restrukturierungsverordnung zur Bankenabgabe ein sehr ungewöhnlicher Vorgang stattfindet. Es gab eine 16 : 0-Entscheidung der Länder für die Verschärfung der Verordnung in diesem Bereich, um die deutschen Banken dazu zu bringen, sich stärker zu beteiligen, als bisher vorgesehen war.

Was passiert? Es wird, wenn ich mich nicht täusche, mit dem Land Hessen über Bande gespielt – man denke nur an die Regierungsbeteiligung –, und es bewegt sich nichts. Ich finde, es ist ein unerträglicher Vorgang, dass bei dem, was ohnehin schlecht genug ist und was wir nicht für ausreichend halten, jetzt noch so lange gezoxt wird, nur um die privaten Großbanken zu schonen. Das kann nicht der richtige Weg sein.

Ich fordere alle auf, endlich dafür zu sorgen, dass zumindest die verbesserte Fassung so schnell wie möglich durch die Länder auf den Weg gebracht werden kann.

(Beifall bei der SPD – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Immer noch unzureichend!)

– Das habe ich gesagt. Es ist immer noch unzureichend, aber besser als nichts. Im Übrigen, Herr Troost, schließe

Nicolette Kressl

- (A) ich mich allen Fraktionen an. Es wäre besser gewesen, Sie hätten statt eines eigenen Antrags Änderungsanträge vorgelegt.

Bei der Rede von Frau Wagenknecht fand ich es besonders waghalsig, dass sie ernsthaft behauptet hat, mit diesem Antrag würde es gelingen, die bestehenden Defizite in der Finanzmarktstruktur zu verändern. Entschuldigung, das ist absurd. Sie sollten Ihre eigenen Anträge lesen.

(Beifall bei der SPD)

Darin geht es um die Höhe der Bankenabgabe, mit einer deutlichen Abschöpfung verbunden, und um eine Finanztransaktionsteuer. Wenn Sie ernsthaft behaupten, damit seien die Probleme gelöst, die Sie beschrieben haben und die wir zumindest zum Teil ebenfalls sehen, dann muss ich sagen: Ein bisschen mehr Niveau wäre im Parlament angebracht.

(Beifall bei der SPD – Sahra Wagenknecht [DIE LINKE]: Da haben Sie aber nicht zugehört!)

– Doch, ich habe genau zugehört.

(Zuruf von der LINKEN: Das hat sie aber nicht gesagt!)

Ich will noch auf zwei einzelne Punkte in diesem Antrag eingehen und darauf hinweisen, dass bei der Bankenabgabe auch bestimmte verfassungsrechtliche Vorgaben zu beachten sind. Das müssen wir bei Sonderabgaben in Deutschland immer im Blick behalten. Deshalb fand ich es, ehrlich gesagt, ein bisschen populistisch, dass Sie in Ihrem Antrag die Sparkassen und Volksbanken von der Abgabe ausnehmen wollen. Man kann eine risikoorientierte Bewertung vorziehen, um sie weniger zu belasten, statt sie einfach auszunehmen.

- (B) Man sollte auch nicht vergessen, dass es zwar richtig ist, dass die allermeisten Sparkassen und Volksbanken nicht die Verantwortung tragen, dass aber auch sie von den Stabilisierungsmaßnahmen profitiert haben. Auch das gehört zur Wahrheit. Man sollte damit sehr ernsthaft umgehen.

Gestatten Sie mir noch eine kurze Anmerkung zum Thema Abgabe. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben, die wir bei der Bankenabgabe berücksichtigen müssen, gelten im Übrigen auch bei der Vermögensabgabe, Herr Schick. Insofern glaube ich: Je weiter wir uns von der Finanzmarktkrise entfernen, umso genauer muss man die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten beachten. Wir sollten gemeinsam darüber reden, ob eine gruppenorientierte Vermögensabgabe wirklich ein besserer Weg wäre als eine entsprechende Vermögensbesteuerung.

Ich fasse zusammen: Die Bankenabgabe ist nicht die richtige Lösung. Sie reicht nicht aus. Wir glauben, dass der Antrag der Linken nicht die richtigen Antworten gibt.

Ich fordere alle gemeinsam auf, beim Thema Finanzmarkttransaktionsteuer in Europa gemeinsam voranzugehen. Damit können wir mehr durchsetzen als mit der Debatte, die wir heute führen.

Ich fordere alle gemeinsam auf, beim Thema Finanzmarkttransaktionsteuer in Europa gemeinsam voranzugehen. Damit können wir mehr durchsetzen als mit der Debatte, die wir heute führen.

Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist für die Fraktion der CDU/CSU unsere Kollegin Bettina Kudla.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bettina Kudla (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine wirklich strukturierte Politik ist – ich denke, das hat die Debatte gezeigt – in dem Antrag der Linken nicht erkennbar. Sie bringen zwei Dinge durcheinander: Beiträge zur Risikovorsorge für die Zukunft und zusätzliche Beiträge zum Steueraufkommen und damit zum Ausgleich der Kosten der Krise. Es ist absolut richtig, mit der von der Bundesregierung in diesem Jahr eingeführten Bankenabgabe auf eine Risikovorsorge zu setzen. Der langfristig – ich betone: langfristig – angepeilte Betrag von bis zu 70 Milliarden Euro wird zukünftig einen stabilen Beitrag zur Bewältigung von Krisensituationen leisten. Die Zuführung zum Restrukturierungsfonds erfolgt sukzessive. Einerseits muss Risikogesichtspunkten Rechnung getragen werden; andererseits darf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen nicht eingeschränkt werden. Heutzutage wird viel von nachhaltiger Politik gesprochen. Die Bankenabgabe ist eine langfristige und damit den Finanzmarkt nachhaltig stabilisierende Weichenstellung.

Nun zur Finanzmarkttransaktionsteuer. Hier haben die Vorredner bereits die möglichen Facetten ausführlich beleuchtet. Die Bundesregierung hat sich klar zur Einführung einer Finanzmarkttransaktionsteuer bekannt und hat auf internationaler Ebene intensiv um diese Steuer geworben. Ich zitiere die Zeitung *Die Welt* vom gestrigen Tage:

(D)

Die EU-Kommission will bis Donnerstag die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer beschließen ... Der Vorschlag greift Forderungen aus Deutschland, Frankreich und Österreich auf. Die jeweiligen Regierungen hatten im vergangenen Jahr eine Steuer auf sämtliche Finanztransaktionen gefordert.

Dass ebendiese Forderungen keine hohlen Phrasen gewesen sind, können Sie in zahlreichen Pressestatements von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nachlesen. Vielleicht täte Ihnen das einmal gut.

Am Beschluss der Europäischen Kommission ist zu begrüßen, dass eine Finanzmarkttransaktionsteuer eingeführt werden soll. Eine neue Steuer in Form einer EU-Steuer ist jedoch abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die nationalen Staaten müssen die Möglichkeit haben, eine Finanzmarkttransaktionsteuer selbst zu erheben und innerhalb der nationalen Haushalte zu vereinnahmen.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen sich jetzt schon einig werden!)